

Aufruf zur Demonstration

Bleiberecht statt Ausreisezentrum in Neumünster

Am 1. April soll in der Kaserne am Haart in Neumünster vom Landesamt für Ausländerangelegenheiten das neue Ausreisezentrum des Landes Schleswig-Holstein in Betrieb genommen werden. Das ist leider kein April-Scherz, sondern berührt sehr konkret die künftige Lebenssituation für zahlreiche im Bundesland lebende Flüchtlinge. Das Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein ruft auf zur Demonstration gegen das Ausreisezentrum.

Das Leben in dem Ausreisezentrum wird die betroffenen Menschen endgültig jeglicher individueller Freiheiten berauben. Sie sind ohnehin schon von faktischen Arbeitsverboten, Bargeldentzug, Verweigern von Integrationsangeboten entrechtet. Jeder Tag, an dem die betroffenen Menschen im Ausreisezentrum zwangsaufgehalten werden, zermürbt sie systematisch. Sie werden krank an Leib und Seele.

Samstag 18. März 2006

12⁰⁰ Uhr Auftaktkundgebung am Großflecken in Neumünster



Kundgebungsbeiträge sind geplant von Avanti, von einer BewohnerIn der Kaserne am Haart, vom Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein, von der Flüchtlingsbeauftragten der Nordelbischen Kirche, vom Hamburger No-Lager-Bündnis (angefragt), vom schleswig-holsteinischen Landesflüchtlingsbeauftragten (angefragt), vom Netzwerk illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein (NiScHe) und vom Verein Grenzgänger e.V. Neumünster.



Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein



Kein Ausreisezentrum in Neumünster oder anderswo!

Neben der „Ich-AG“ wurde das Wort „Ausreisezentrum“ schon im Jahre 2002 zum Unwort des Jahres gekürt. Die Begründung dazu lautet: „Dieses Wort soll offenbar Vorstellungen von freiwilliger Auswanderung oder gar Urlaubsreisen wecken. Es verdeckt damit auf zynische Weise einen Sachverhalt, der den Behörden wohl immer noch peinlich ist.“

Kein Wunder also, dass der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein lieber die Sprachregelung pflegt, das in Neumünster geplante Kasernenlager sei kein Ausreisezentrum, sondern eine sog. „Gemeinschaftsunterkunft für ausreise-pflichtige Ausländer“. Das Bündnis Bleiberecht kritisiert das Festhalten an einer Politik, die Flüchtlinge rechtlich beschränkt, sie in Lagern gettoisiert und ihre Rückkehr erzwingt.

Eine Zielgruppe des Ausreisezentrums sollen erwachsene Menschen sein, die z.T. schon vor Jahren als Flüchtlinge hierher kamen, denen jedoch kein Asyl zuerkannt worden ist – und die aus Sicht der Ausländerämter ihrer Ausreiseverpflichtung nicht nachkommen. Sie entkamen Kriegen, Unrechtsregimen oder Katastrophen, die alle Überlebensgrundlagen zerstört haben. Hier angekommen, werden 99% der Schutz und Asyl Suchenden ihre Fluchtgründe nicht glaubt – mithin sollten sie in ihr Herkunftsland zurück. Tatsächlich haben zahlreiche Betroffene jedoch begründete Angst, dort in erneute Überlebensnöte zu geraten. Andere sind hier heimisch

geworden und inzwischen in ihrem Herkunftsland vollständig entwurzelt.

Das Innenministerium verfolgt mit dem Ausreisezentrum den Plan, „durch Optimierung der Identitätsfeststellung und Intensivierung der Rückkehrberatung die Anzahl freiwilliger Ausreisen spürbar zu erhöhen“. Die Erfahrungen in Ausreisezentren anderer Bundesländer belegen allerdings, dass solcherart zentralisierte Zwangsunterkunft nicht zu einer „Optimierung der Ausreise“ führt. Stattdessen werden Menschen erfolgreich in die Illegalität getrieben.

Ein wesentlicher Grund für die Pläne, liegt wohl in wirtschaftlichen Überlegungen. Offenbar sollen die Kapazitäten der längst auf dem Kasernengelände befindlichen Landesgemeinschaftsunterkunft besser ausgeschöpft werden. 500 Plätze, die in Neumünster zur Verfügung stehen, sind nicht einmal zur Hälfte belegt und sollen anderweitig auffüllt werden.

Das geplante Ausreisezentrum sei eine Amtshilfe für die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte, erklärt das Innenministerium. Tatsächlich funktioniert die Amtshilfe des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten längst. Allerdings müssen die Kommunen nun befürchten, dass künftig ein Ausbleiben der Betreuungsgelder droht, die das Land mit der Umverteilung der Betroffenen nach Neumünster gleich mit abzieht.

Zur Demonstration rufen auf die Mitglieder des Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein:

- Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V.
- Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein e.V.
- Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
- Caritasverband für Schleswig-Holstein e.V.
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Schleswig-Holstein
- Diakonisches Werk Schleswig-Holstein Landesverband Innere Mission e.V.
- Die Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche
- Die Flüchtlingsarbeit in den Kirchenkreisen Stormarn und Segeberg
- Flüchtlingsforum Lübeck e.V.
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
- Forum für Migrantinnen und Migranten in Kiel
- Fremde brauchen Freunde, Husum
- Für Integration und Toleranz, FIT e.V., Bad Oldesloe
- Gesellschaft für politische Bildung e.V. (Gegenwind-Redaktion)
- Grenzgänger e.V., Neumünster
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft LV Schleswig-Holstein
- Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V.
- Interkulturelles Kontaktcafé Abraham, Kiel
- Internationale Gruppe „Mondfrauen“, Norderstedt
- Landesarbeitsgemeinschaft Autonome Frauenhäuser Schleswig-Holstein
- Land in Sicht! - EQUAL- Entwicklungspartnerschaft Asyl Schleswig-Holstein
- Migrationsbeauftragter des Kirchenkreises Niendorf
- Migrationssozialberatung der Diakonie in Norderstedt
- Neue Nachbarn - Norderstedter Förderverein Flüchtlingshilfe e.V.
- Refugio Kiel e.V.
- Support, Westerland
- Terre des Hommes Arbeitsgruppen Lübeck und Kiel
- Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein e.V. (ZBBS)

und weitere UnterstützerInnen:

- Angelika Beer, MdEP, Neumünster
- AJZ e.V. Neumünster
- ALN Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Neumünster
- arbeitskreis kritischer juristInnen Kiel
- Avanti Projekt undogmatische Linke Kiel und Lübeck
- Bayrischer Flüchtlingsrat
- Bündnis gegen rechts Neumünster
- Bündnis Hier geblieben! Berlin
- Café International Itzehoe
- DKP Neumünster
- Flüchtlingsrat Baden-Württemberg
- Flüchtlingsrat Berlin
- Integrationspfarramt Itzehoe
- Linkspartei Schleswig-Holstein, Kreisverband Neumünster
- LinX - Sozialistische Zeitung für Kiel
- Lutz Heilmann, MdB Die Linke
- SOGA e.V. Neumünster
- Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN-BdA) Kreisverband Neumünster
- Volker Maria Hügel, Vorstand PRO ASYL

weitere UnterstützerInnen bitte melden: projekt@frsh.de

Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein Februar 2006

Kontakt & Information: projekt@frsh.de; www.hiergeblieben.info, Tel. 0431-735 000

V.i.S.d.P.: Martin Link, FRSH, Oldenburger Str. 25, 24143 Kiel